

Ergebnisse einer Fallstudie zum Entstehungsprozess landespolitischer Berichterstattung im Rundfunk

→ **Redaktionelle Strukturen und publizistische Qualität**

Von Patrick Donges und Otfried Jarren*

Die Frage, wie im Rundfunk über Politik berichtet wird, ist Gegenstand zahlreicher öffentlicher und wissenschaftlicher Diskussionen. Dabei bezieht sich das „wie“ meist auf die Inhalte oder die Wirkung der Programme: Welchen Anteil haben Nachrichten, insbesondere politische Meldungen, in den Programmen? Wie werden politische Konflikte dargestellt und präsentiert, welche Akteure kommen zu Wort, und welche Wirkung hat die Politikberichterstattung im Rundfunk auf die Rezipienten? Meist sind solche Fragestellungen verbunden mit einem Vergleich öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunkprogrammanbieter.

Bedeutung redaktioneller Ressourcen und Strukturen für Politikberichterstattung untersucht

Auch dieser Beitrag stellt sich die Frage nach der Art und Weise der Politikberichterstattung im Rundfunk, aber mit einer anderen Perspektive. Im Mittelpunkt stehen nicht die Inhalte der Rundfunkprogramme, sondern deren Entstehungsprozess: Welche Strukturen weisen und welche Ressourcen wenden Rundfunkveranstalter für die Politikberichterstattung auf, und wie ist die Kommunikation zwischen Rundfunkjournalisten und politischen Akteuren strukturiert? Ziel der Analyse ist es, die Ursachen für die unterschiedlichen Inhalte der Politikberichterstattung bereits im Entstehungsprozess zu betrachten.

Organisation der Redaktionen relevant für Sicherung von Autonomie und Qualität

Politikberichterstattung und redaktionelle Strukturen
Mit der Studie soll zugleich auf einen „weißen Fleck“ in der Forschung aufmerksam gemacht werden, denn redaktionelle Strukturen, insbesondere bei privaten Rundfunkveranstaltern, waren bislang kaum Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen. (1) Damit blieb jedoch ein gewichtiger Faktor zur Sicherung publizistischer Qualität unberücksichtigt. (2) Legt man nämlich die Prämisse zugrunde, daß die „interne Organisation der Abläufe und die internen Verantwortungsstrukturen“ (3) bei Rundfunkunternehmen wie auch die Wahrnehmung von Medienverantwortung zentrale Voraussetzungen für die Qualität der Berichterstattung sind, dann eröffnet sich damit eine neuartige Problemstellung für die Gewährleistung publizistischer Qualität.

Bereits eine oberflächliche Betrachtung von neuen Rundfunkprogrammanbietern zeigt, daß sich die Redaktionsstrukturen weg entwickeln von einer ausgeprägten Input-Orientierung mit

der entsprechenden Ausbildung klassischer Ressorts (Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport) hin zu einer Output-Orientierung, die vornehmlich auf die zu erreichende Zielgruppe und ihre Interessen ausgerichtet ist. Es ist in der Folge anzunehmen, daß Wahrnehmung, Verarbeitung und Vermittlung von Informationen eher assoziativ und damit möglicherweise unterkomplex erfolgen. Das heißt einerseits, daß Informationen weniger selbst recherchiert oder beschafft, sondern nach ihrer augenblicklichen Verfügbarkeit mehr oder minder zufällig wahrgenommen und dem Senderformat entsprechend verarbeitet werden. Und andererseits ist anzunehmen, daß die so verfügbaren Informationen weniger nach ihrer publizistischen Relevanz, sondern vorrangig mit Blick auf die jeweiligen Interessen der Zielgruppen beschafft, verarbeitet und vermittelt werden. Dies ist insofern relevant, solange durch die Lizenzierungspraxis von Seiten der Landesmedienanstalten vom privaten Rundfunk eine bestimmte Informationsleistung, die eben den herkömmlichen publizistischen und journalistischen Standards entsprechen soll, verlangt wird.

Diese Sichtweise auf redaktionelle Strukturen und die redaktionelle Praxis ist nun allerdings keineswegs nur unter rechtlichen Aspekten wichtig: Die Vertreter privater Rundfunkveranstalter nehmen für sich in der öffentlichen Diskussion in Anspruch, durch ein hohes Maß an Eigenverantwortung und Selbstkontrolle für die Sicherung publizistischer Qualität Sorge zu tragen. Mit diesem Anspruch werden staatliche Regulierungsansätze und Bemühungen zumeist zurückgewiesen oder sogar ganz in Frage gestellt. Doch nicht erst der „Fall Born“ machte auf Defizite im Bereich von Redaktionsstrukturen und redaktioneller Arbeitspraxis aufmerksam, wenngleich in diesem Fall in besonderer Deutlichkeit. Generell ist anzunehmen, daß durch das Fehlen fester Redaktionsstrukturen und dauerhafter interner Regelungsmechanismen die redaktionelle Autonomie und Einheit verloren gehen kann, die als wichtige Bestandteile der Gewährleistung publizistischer Qualität, aber auch als Sicherungsmechanismus gegenüber externen Einflüssen (PR, Werbung u.a.) gelten müssen. Fehlen feste personelle Bindungen und Strukturen, kann sich wahrscheinlich weder eine redaktionelle Autonomie ausprägen, die schützende Wirkung gegenüber externer Beeinflussung haben könnte, noch dürfte sich eine redaktionelle Struktur ergeben, die eine Grundlage für an professionellen und medienethischen Standards orientierte Berichterstattung bildet. (4)

These für die vorliegende Fallstudie zur landespolitischen Berichterstattung ist, daß redaktionelle Strukturen, das Vorhandensein für Politikberichterstattung zuständiger Journalistinnen und Journalisten, der Zugriff auf redaktionelle Ressourcen wie Personal, Agenturen etc. sowie die Kommunikationsbeziehungen zwischen Journalisten und politischen Akteuren maßgeblich dafür sind, daß

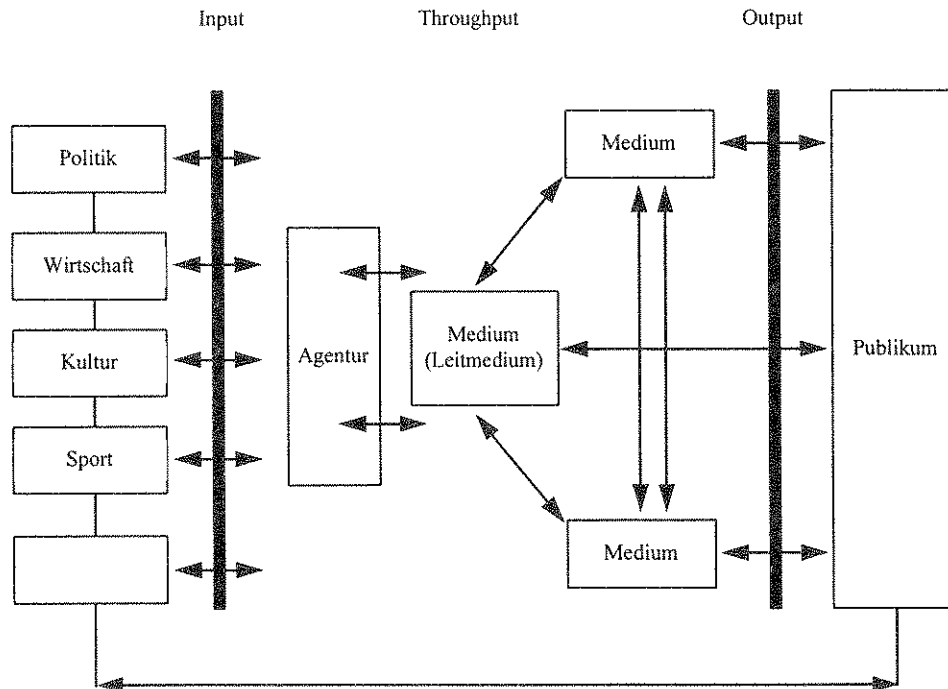
Im privaten Rundfunk Tendenz zu Redaktionen mit Output-Orientierung anstelle klassischer input-orientierter Ressorts

Feste Redaktionsstrukturen auch Schutz vor externer Beeinflussung

Fallstudie zur landespolitischen Berichterstattung am Beispiel Hamburg im Auftrag der HAM

* Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen; Institut für Journalistik an der Universität Hamburg.

Abb. 1 Modell der Informationsverarbeitung durch Medien



es (überhaupt) zu einer Berichterstattung kommt. Politische Berichterstattung wird dazu als ein Produkt angesehen, das von Akteuren aus dem System Journalismus und politischen Akteuren gemeinsam erzeugt wird (Produktionsprozeß). Diese Perspektive darf nun normativ nicht mit PR-Aktivitäten gleichgesetzt werden: Berichterstattung setzt wechselseitige Kenntnis von Akteuren untereinander und bestimmte Formen der Interaktion im Produktionsprozeß voraus. Dazu wird hier zunächst ein Modell der Informationsverarbeitung durch die Medien vorgestellt. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Organisation des redaktionellen Inputs und die redaktionelle Struktur bei den Rundfunkveranstaltern gelegt. Zunächst werden diese theoretischen Überlegungen vorgestellt, um dann Kernergebnisse aus einer Fallstudie, die sich mit der Produktion landespolitischer Berichterstattung im Rundfunk in Hamburg beschäftigt, knapp vorzustellen. Die Studie wurde 1995/96 im Auftrag der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) am Institut für Journalistik der Universität Hamburg durchgeführt. (5)

Informationsverarbeitung durch Medien – ein Modell

Medien erbringen für die Gesellschaft eine spezifische Leistung: Sie stellen Themen für die öffentliche Kommunikation zur Verfügung, die Neuigkeitswert und Faktizität besitzen. (6) Journalisten sammeln Informationen aus der Gesellschaft, verarbeiten diese und geben sie über die Massenmedien an die Gesellschaft zurück. Journalisten beobachten also zunächst die gesellschaftlichen Teilsysteme wie Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport etc., aus denen auch eine Fülle von Informationen an die Journalisten herangetragen werden. Die Journalisten organisieren die Umweltbeob-

achtung und entscheiden auf Basis redaktioneller Programme über die Informationsauswahl (Input-Organisation).

Als redaktioneller Input werden hier alle Informationen bezeichnet, die in einer Redaktion eingehen. Ein solcher redaktioneller Input hat höchst unterschiedliche Formen. Informationen können in Form von Pressemitteilungen in die Redaktion gelangen. Redaktioneller Input ist in diesem Fall das Ergebnis von Öffentlichkeitsarbeit. Eine zweite Form der Informationsaufnahme ist die von der Redaktion selbst initiierte Recherche, in der Informationen aus der Umwelt beschafft werden. Eine dritte Form besteht in direkter Programmzulieferung, zum Beispiel durch Audiodienste. Als vierte Möglichkeit sind Rückgriffe auf bereits vorhandene Informationen möglich, zum Beispiel durch die Nutzung von Text-, Bild- oder Tonarchiven sowie die Onlinerecherche in externen Datenbanken. Und schließlich kann der redaktionelle Output von Leitmedien, wie etwa Nachrichtenmagazinen und überregionalen Tageszeitungen, den redaktionellen Input anderer Medien bilden.

In einem zweiten Schritt wählen Medien diejenigen Informationen aus, die ihnen berichtenswert erscheinen und bearbeiten diese (Throughput). Dieser Throughput folgt bestimmten Regeln (Nachrichtenfaktoren, Berichterstattungsmustern, Darstellungsformen) und redaktionellen Handlungsprogrammen. Schließlich stellen Medien die so selektierten und bearbeiteten Informationen der Gesellschaft als Angebot zur Verfügung (Output) (vgl. Abbildung 1).

Verschiedene Formen redaktionellen Inputs

Output erfolgt aufgrund bestimmter Regeln und redaktioneller Programme

Redaktionelle Input-Organisation: Journalisten beobachten gesellschaftliche Teilsysteme

Beobachtungen und Beziehungen sind Voraussetzung für redaktionellen Input

Die wechselseitige Beobachtung der Medien, die von den Journalisten geleistet wird, und die Beziehungen von Journalisten zu Personen aus den gesellschaftlichen Teilbereichen sind eine wichtige Voraussetzung zur Organisation des redaktionellen Inputs. Im Fall der Politikberichterstattung ist vor allem die Interaktion zwischen Journalisten und Politikern sowie deren Öffentlichkeitsarbeitern von Bedeutung. (7) Beide stehen in einer „Art Tauschverhältnis mit wechselseitiger Abhängigkeit“ zueinander und wirken an der Produktion von politischen Informationen zusammen. (8) Politiker verfolgen dabei grundsätzlich das Ziel, für die eigene Person und die von ihnen vertretene Organisation Macht zu erhalten oder zu erwerben. Dazu sind Politiker auf Öffentlichkeit, d.h. auf die Medien angewiesen, denn für die meisten Bürger in funktional differenzierten, modernen Gesellschaften ist Politik weniger durch eigene Erfahrungen, sondern erst durch mediale Verbreitung verfügbar. Der Nutzen, den Politiker aus der Interaktion mit Journalisten ziehen, besteht aus persönlicher Publicity, der Thematisierung eines ihnen nützlich erscheinenden oder in der De-Thematisierung eines ihnen schaden- den Themas. Ferner nutzen Politiker das Gespräch mit Journalisten auch, um Informationen zu erhalten. Journalisten hingegen verfolgen das Ziel, in der herrschenden Konkurrenz zu anderen Medien ständig neue und nach Möglichkeit exklusive Informationen zu erhalten, die nicht über Nachrichtenagenturen, Pressemitteilungen und Pressekonferenzen etc. – also in allgemeiner und damit auch allgemein zugänglicher Form – an die Redaktion herangetragen werden. Beziehungen von Journalisten zu Politikern und politischen Presse- und Öffentlichkeitsarbeitern sind daher eine notwendige Voraussetzung zur Organisation des redaktionellen Inputs wie auch zur Entscheidung über den Umgang mit oder die Bewertung von einem Thema (Relevanz).

Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern sind also nicht gleichzusetzen mit „Kungelei“ oder „Hofberichterstattung“. Vielmehr bezeichnen diese Schlagworte eine bestimmte Beziehungsform, in der sich Journalisten nicht rollenkonform verhalten, beispielsweise indem sie erhaltene Informationen nicht veröffentlichen. In dieser Studie geht es um redaktionelle und personelle Strukturen: Informationsbeschaffung und -bewertung setzt vorhandene Strukturen innerhalb von Redaktionen und zwischen Personen voraus, um Informationen zu erhalten, zu interpretieren oder zu kommentieren.

Traditionell deckt sich redaktionelle Struktur mit Struktur gesellschaftlicher Teilsysteme

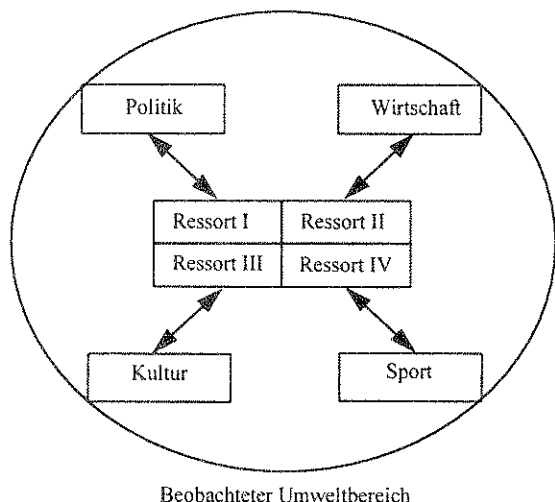
Die Menge der Informationen, die einer Redaktion als Input zufließen, ist bekanntlich erheblich höher als die Menge der bearbeitbaren und vor allem der publizierbaren Informationen. Für die Beobachtung der gesellschaftlichen Teilsysteme,

die systematische und kontinuierliche Beschaffung und Bearbeitung von Informationen haben sich die Medien deshalb intern weiter differenziert und entsprechende Organisationseinheiten ausgebildet. Dazu zählen beispielsweise Programmbereiche, Abteilungen, Programmgruppen oder redaktionelle Ressorts. Diese redaktionellen Strukturen dienen dazu, Umwelten kontinuierlich zu beobachten, diese Beobachtungen intern zu kanalisieren und entsprechend den publizistischen Zielsetzungen bearbeitungsfähig zu machen und zu verarbeiten. Traditionell hat sich dabei eine redaktionelle Struktur herausgebildet, die sich im Kernbereich mit den gesellschaftlichen Teilsystemen deckt.

Mit der redaktionellen Strukturierung und der damit verbundenen Zuweisung von Ressourcen (Personal, Geld etc.), Sendeplätzen sowie Sendeformen wird festgelegt, welche Umwelten von der Redaktion wie beobachtet werden sollen – und welche nicht. Im traditionellen Fall, wie wir ihn bei den meisten Tageszeitungen und auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vorfinden, korrespondiert jeweils ein Ressort mit einem zu beobachtenden gesellschaftlichen Teilsystem (vgl. Abbildung 2). Zugleich bestimmt die redaktionelle Binnenstruktur innerhalb der Ressorts den Ort sowie die Art und Weise, in der Informationen verarbeitet werden können. So ist das Vorhandensein von redaktionellen Gruppen oder einzelnen (Fach-)Redakteuren beispielsweise für Gesundheits-, Verteidigungs- oder Bildungspolitik für die Verarbeitung entsprechender Informationen relevant. Damit wird auch wesentlich die Programmleistung – der Output – bestimmt: Wenn nämlich Medien bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche nicht selbst beobachten, keinen Ort für die Verarbeitung der Informationen einrichten oder über kein entsprechend spezialisiertes und qualifiziertes Personal verfügen, so können sie in ihrer Berichterstattung allenfalls auf Agenturen und andere Medien zurückgreifen.

Redaktionsstruktur bestimmt, welche Relevanz in der Berichterstattung einzelnen Bereichen zukommt

Abb. 2 Modell der redaktionellen Strukturierung (traditionell)



① **Redaktionelle Strukturen und Kooperationsstrukturen zwischen Politik und Medien
bei Hamburger Hörfunk- und Fernsehsendern**

Redaktionelle Strukturformen	Kooperationsstrukturen Politik – Medien
Redaktionen mit eigenem Ressort Landespolitik NDR Hamburg-Welle N3	Feste Kooperationsstruktur NDR Hamburg-Welle N3
Redaktionen mit größeren Ressorts Radio Hamburg Hamburg 1	„Mittlere“ Kooperationsstruktur Hamburg 1 RTL Nord LIVE Radio Hamburg ZDF Landesstudio AlsterRadio
Redaktionen mit informellen Arbeitsabsprachen SAT.1 Regional Report RTL Nord LIVE ZDF Landesstudio	„Lockere“ Kooperationsstruktur SAT.1 Regional Report OK magic 95
Redaktionen ohne Struktur AlsterRadio OK magic 95 ENERGY	

Die Informationsbeschaffung und -bearbeitung unterliegt damit grundsätzlich anderen Bedingungen, ohne daß damit gleich etwas über die Qualität der Berichterstattung gesagt sein muß.

Fallstudie: Die Berichterstattung über Landespolitik in Hamburg

Redaktionelle Strukturen und Ressourcen sowie Kommunikationsbeziehungen zwischen Journalisten und politischen Akteuren sind nach den vorangegangenen Überlegungen wesentliche Faktoren des Entstehungsprozesses von Politikberichterstattung. An der Ausbildung von Ressorts oder Programmbereichen, an ihrer Bezeichnung, an der personellen Ausstattung sowie der Zurverfügungstellung von Ressourcen ist abzulesen, welches publizistische Profil ein Sender bezogen auf Politikberichterstattung anstrebt. Es wird erkennbar, welchen gesellschaftlichen Bereichen in der Berichterstattung besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Und erst eine erkennbare redaktionelle Struktur ermöglicht es Außenstehenden, mit Journalisten aus einer Redaktion in Kontakt zu treten und eine Beziehung aufzubauen, die für den redaktionellen Input eine wesentliche Bedeutung hat. Redaktions- und Beziehungsstrukturen sind damit letztlich für die politische Berichterstattung insgesamt relevant (Quantität und Qualität).

Alle Hamburger TV- und Radiosender mit landespolitischer Berichterstattung untersucht (10 Sender)

Diese Annahme wurde in unserer Fallstudie über die Berichterstattung der Landespolitik durch Hörfunk und Fernsehen in Hamburg exemplarisch überprüft. Für diese Studie wurden alle Rundfunksender ausgewählt, die ihren Sitz in Hamburg haben und eigenständig über Hamburger Landespolitik berichten, d.h. nicht ausschließlich auf Programmlieferung zurückgreifen. Im einzelnen waren dies die Hörfunksender NDR Hamburg-Welle 90,3, AlsterRadio, ENERGY, OK magic 95 und Radio Hamburg sowie die Fernsehprogramme von N3, Hamburg 1, RTL Nord LIVE Hamburg, SAT.1 Regional Report Hamburg und des ZDF (Landesstudio Hamburg).

In diesen zehn Sendern arbeiten insgesamt 47 Journalistinnen und Journalisten in der landespolitischen Berichterstattung. Sie alle wurden zu ihren Informationsquellen, Kontakten und zu ihrer Wahrnehmung der landespolitischen Berichterstattung befragt. Aus den Angaben der Journalisten wurde eine Gruppe von 28 als wichtig bezeichneten politischen Öffentlichkeitsarbeitern und von acht Landespolitikern ermittelt, die regelmäßig Interaktionspartner der Journalisten sind und das Ausgangsmaterial bereitstellen, auf das sich Journalisten in der landespolitischen Berichterstattung stützen. Die so ermittelten Personen wurden ebenfalls zur Produktion der landespolitischen Berichterstattung befragt (Leitfadengespräche). Zusätzlich wurden als relevant angesehene landespolitische Journalistinnen und Journalisten Hamburger Tageszeitungen in die Befragung einbezogen. (9)

Alle insgesamt 47 mit Landespolitik befaßten Journalisten sowie politische Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker befragt

Die untersuchten Sender weisen höchst unterschiedliche redaktionelle Strukturen auf. Bezogen auf die Politikberichterstattung lassen sich vier Typen ausmachen (vgl. Tabelle 1):

1. Redaktionen mit einem eigenen Ressort Landespolitik. Diese gibt es nur beim Norddeutschen Rundfunk. Hier sind im Hörfunk fünf, im Fernsehen vier Journalisten ausschließlich mit landespolitischer Berichterstattung befaßt.
2. Redaktionen, in denen landespolitische Berichterstattung in größere Ressorts wie „Aktuell“ oder „News/Aktuell“ integriert ist, in denen es also zumindest für das tagesaktuelle Informationsprogramm ein eigenes Ressort gibt. Diese Form der Struktur fand sich beim größten privaten Hörfunksender (Radio Hamburg) und beim privaten Lokalfernsehsender Hamburg 1.

Vier Typen redaktioneller Strukturen wurden sichtbar

3. Redaktionen, in denen es zwar keine Ressortstruktur gibt, dafür aber informelle Arbeitsabsprachen oder personelle Verabredungen hinsichtlich der Zuständigkeiten für Landespolitik. Diese Absprachen weisen allerdings einen unterschiedlich hohen Grad an Verbindlichkeit auf, bei hoher Verbindlichkeit sind sie durchaus einer Ressortstruktur vergleichbar. Diese Formen der redaktionellen Struktur fanden sich ausschließlich bei Fernsehsendern, und zwar sowohl bei den privaten Fensterprogrammen von RTL und SAT.1 als auch beim ZDF-Landesstudio.
4. Redaktionen, in denen es keine redaktionelle Struktur gibt: Dieser Typus findet sich bei kleineren Hörfunksendern mit wenig Personal und relativ genauer Zielgruppendefinition wie OK magic 95, AlsterRadio und ENERGY. Hier sind dann „alle für alles“ zuständig. (10)

Ressourcen (Redakteure, Archive, Agenturen) für Landespolitik sehr unterschiedlich

Die Ressourcen, die den Sendern für die landespolitische Berichterstattung zur Verfügung stehen, sind ebenfalls höchst unterschiedlich. Sie reichen von fünf festangestellten Redakteuren, die ausschließlich für die landespolitische Berichterstattung zuständig sind (beim regionalen NDR-Hörfunkprogramm), bis hin zu einem privaten Zielgruppensender, in dem zwei freie und zwei in Ausbildung befindliche Journalisten den gesamten redaktionellen Ablauf des Senders verantworten. Große Unterschiede bestehen auch in der Ausstattung der Sender mit Archiven und beim Zugriff auf Nachrichtenagenturen. Vor allem kleine private Hörfunkstationen verfügen über keinerlei Archive, die für journalistische Recherchen genutzt werden könnten. Bei einem Hörfunk- und zwei Fernsehsendern, an denen ein Verlag beteiligt ist, können die Journalisten allerdings das Archiv des Verlages mitbenutzen. Die umfangreichste Ausstattung mit Archiven hat der NDR: hier stehen neben dem hauseigenen Archiv das dpa- und weitere externe Archive zur Verfügung. Auch bezogen auf die Anzahl der Nachrichtenagenturen ist der NDR deutlich am besten ausgestattet. Während kleinere private Hörfunksender häufig nur die Deutsche Presse Agentur mit ihrem Landesdienst Nord beziehen, stehen den NDR-Redakteuren fünf weitere Nachrichtenagenturen zur Verfügung. Am zweitbesten ausgestattet ist die regionale Redaktion von RTL mit drei weiteren Nachrichtenagenturen, andere größere private Sender beziehen neben der dpa nur eine weitere Nachrichtenagentur.

Kooperationsstrukturen und -beziehungen in der Politikberichterstattung ermittelt

Die Kooperationsstrukturen und -beziehungen zwischen Journalisten und Akteuren aus der Politik wurden danach differenziert, ob sich die Kooperationspartner überhaupt kennen, ob sie Kontakt haben und wie dauerhaft der Kontakt ist. Nur bei dauerhaften Kontakten wird hier von

„festen“, bei unregelmäßigen Kontakten von „lockeren“ Kooperationsbeziehungen gesprochen. Sowohl Journalisten als auch politische Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker wurden im Rahmen der Studie danach befragt, mit wem sie beruflich Informationen austauschen, wer zu ihnen und zu wem sie Kontakte herstellen. Auf diese Weise konnte die Beziehungsstruktur – das Beziehungsnetzwerk – ermittelt und hinsichtlich seiner Qualität analysiert werden.

Die Studie macht deutlich, daß die meisten Journalisten untereinander Kooperationen pflegen und auch mit Kollegen außerhalb des eigenen Senders berufliche Informationen austauschen. Wichtige Austauschpartner sind dabei Journalisten des NDR und der großen regionalen Tageszeitungen. Journalisten privater Sender werden, auch von den Redaktionsangehörigen anderer privater Sender, nicht als relevante Gesprächspartner genannt. Die Journalisten bei privaten Anbietern verfügen also über einen geringen beruflichen Austausch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Medien, was für die Entwicklung und Ausbildung berufskultureller Verständnisse und Normen sowie für die Bildung professioneller Regeln nicht ohne Bedeutung sein dürfte.

Bezüglich der Beziehungsstrukturen zwischen Journalisten und Politikern sowie Öffentlichkeitsarbeitern war zu vermuten, daß diese davon abhängig sind, ob sich die betreffenden Akteure überhaupt wahrnehmen. So wurden die Öffentlichkeitsarbeiter gebeten, für jeden Sender ihre persönlichen Ansprechpartner in den Redaktionen zu nennen. Der Befund ist eindeutig: Eine „feste“ Kommunikationsstruktur aller befragten Öffentlichkeitsarbeiter besteht nur zu Journalisten des NDR, dem Sender mit Ressortstruktur und festen personellen Zuständigkeiten. Hier konnten alle bzw. fast alle Öffentlichkeitsarbeiter mindestens einen Ansprechpartner nennen. Zu den Rundfunkanbietern mit größeren Ressorts und Redaktionen mit informellen Arbeitsabsprachen besteht hingegen nur eine „mittlere“ Kommunikationsstruktur: hier kennt rund die Hälfte der Öffentlichkeitsarbeiter einen persönlichen Ansprechpartner. Fehlt eine auch von außen erkennbare redaktionelle Struktur, und fehlen zudem persönliche Ansprechpartner innerhalb von Redaktionen, so kennen sich die Akteure wechselseitig eher zufällig oder – in der Regel – überhaupt nicht. Die Chancen für einen gemeinsamen Produktionsprozeß innerhalb der landespolitischen Berichterstattung sind damit gering.

Betrachtet man nun statt Redaktionen einzelne Journalisten, so bestätigt sich der Befund: bei den Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern sowie Öffentlichkeitsarbeitern dominieren Journalisten des NDR in beiden Richtungen, d. h. diese Journalisten sprechen von sich aus häufig Politiker und politische Öffentlichkeitsarbeiter an und werden von diesen am häufigsten angesprochen. Von 18 Journalisten, die von Öffentlichkeits-

Nur NDR- und Zeitungsredakteure als relevante Gesprächspartner genannt

Kommunikation zwischen politischem System und Journalisten bei klaren Ressort- und personellen Zuständigkeiten am ausgeprägtesten

Politische Öffentlichkeitsarbeiter nennen kaum Journalisten privater Sender als Kooperationspartner

arbeitern als Kooperationspartner genannt wurden, kommen allein 14 vom NDR. Journalisten privater Rundfunkanbieter wurden hingegen nur dreimal genannt. Dabei stammen zwei dieser privaten Rundfunkjournalisten aus Redaktionen, in denen es zumindest informelle Arbeitsabsprachen mit einer relativ hohen Verbindlichkeit gibt.

Stärkere personelle Fluktuation bei Privatsendern erschwert Entstehungsprozeß politischer Berichterstattung zusätzlich

Für den landespolitischen Produktionsprozeß heißt das: Nur bei Journalisten des NDR als dem Sender mit einem eigenen Ressort „Landespolitik“ bestehen feste Kooperationsbeziehungen zu Öffentlichkeitsarbeitern und Politikern aus der Landespolitik. Die Kooperationsbeziehungen zwischen privaten Rundfunkjournalisten und landespolitischen Akteuren gehen dagegen über gelegentliche Kontakte kaum hinaus. Dies ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß Akteure aus der Landespolitik Strukturen und Personal dieser Sender nicht kennen, was zudem in der vergleichsweise hohen personellen Fluktuation der Journalisten bei privaten Sendern begründet liegt. Als Folge dieser Fluktuation betrachten die Öffentlichkeitsarbeiter das aus ihrer Sicht fehlende oder unzureichende Fachwissen einzelner Journalisten. Dies führt dazu, daß sie bei Informationsgesprächen mit neuen Journalisten „jedesmal wieder bei Null anfangen müssen“, wie es ein befragter Öffentlichkeitsarbeiter formulierte.

Relevanz einzelner Medien in der landespolitischen Berichterstattung Hamburgs

Befragte Journalisten nennen Zeitungen und NDR-Programme als wichtigste Medien

Die Einschätzung der Relevanz Hamburger Medien für die eigene Informationsbeschaffung durch die befragten Journalisten, politischen Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker ergab ein klares und eindeutiges Bild: Leitmedien der politischen Kommunikation in Hamburg sind die regionalen Tageszeitungen und die regionalen Fernseh- und Hörfunkprogramme des NDR. Sie gelten sowohl bei den Journalisten aller Rundfunksender – auch denen des privaten Rundfunks – als auch den politischen Öffentlichkeitsarbeitern und Politikern als relevante Medien zur Informationsbeschaffung. Rund die Hälfte der befragten Journalisten gab ferner mindestens einen privaten Hörfunksender als relevant für die eigene Informationsbeschaffung an.

Erwähnenswert ist ferner der Befund, daß Zeitungen mit Abstand die wichtigsten Quellen in der Einschätzung der Rundfunkjournalisten sind. Auf die Frage, woher sie Anstöße bekommen, über bestimmte Themen der Landespolitik zu berichten, nannten 40 von 47 befragten Journalisten die Zeitungen, danach Pressemitteilungen mit 29 und Nachrichtenagenturen mit 21 Nennungen.

Wahrnehmung der Journalisten untereinander: Zeitungs- und NDR-Journalisten als kompetent eingeschätzt

Neben der Häufigkeit der Interaktion wurde auch erhoben, welche Journalisten in der landespolitischen Berichterstattung von anderen Journalisten, von den Öffentlichkeitsarbeitern und den Politikern als fachlich besonders kompetent sowie als besonders einflußreich wahrge-

nommen werden. Auch hier zeigt sich, daß dies ausschließlich Journalisten der regionalen Tageszeitungen und des NDR sind. Vorrangig mit diesen Journalisten werden Informationen ausgetauscht. Mitarbeiter privater Hörfunk- oder Fernsehsender werden weder als Austauschpartner noch als fachlich besonders kompetent oder gar einflußreich genannt, auch nicht von ihren eigenen Kollegen aus anderen privaten Rundfunksendern.

Das journalistische Kompetenzprofil privater Rundfunkveranstalter in der landespolitischen Berichterstattung ist nach Einschätzung aller befragten Gruppen, also auch der beim privaten Rundfunk tätigen Personen selbst, gering: Die landespolitische Kommunikation in Hamburg wird von den regionalen Tageszeitungen und den regionalen NDR-Programmen bestimmt. Auch Journalisten nutzen diese Medien zur eigenen Orientierung. (11)

Fazit

Neu etablierte Medien weisen andere Organisations- und Redaktionsstrukturen auf als die traditionellen Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Rundfunkanbieter: Sie sind nicht nach traditionellen Ressorts organisiert und müssen mit weniger Ressourcen für die redaktionelle Arbeit, wie hier am Beispiel Landespolitik dargestellt, auskommen. Im privaten Rundfunk lassen sich höchst hybride redaktionelle Organisationsformen finden. Die so institutionalisierten Medien werden aufgrund ihrer redaktionellen Struktur, den zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie der journalistischen Kompetenz wahrscheinlich nur Teilbereiche ihrer Umwelt beobachten und die Umweltbeobachtung und Informationsbeschaffung sowie -verarbeitung auf eine spezifische Weise organisieren. In der Tendenz stellen sie somit kein Beobachtungssystem der Gesellschaft als Ganzes mehr dar, sondern sie beobachten nur gesellschaftliche Teilbereiche entsprechend ihren Programmzielen.

Aufgrund der geringen personellen Ausstattung ist, wie die Hamburger Fallstudie erwarten läßt, die Orientierung an anderen Medien (hier: vor allem Zeitungen) eher wahrscheinlich. Durch die zunehmende Orientierung am Output anderer Medien besteht die Gefahr, daß zumindest Teile des Mediensystems in ihrer Beobachtung zunehmend selbstreferentiell werden. Die Zunahme an Medien und die Differenzierung der Medienangebote muß dann nicht zu einer Zunahme an publizistischer Vielfalt führen, sondern kann – wie vereinzelt durch Hörfunkprogrammanalysen empirisch nachgewiesen – eine „Vervielfachung des Informationskernbestandes“ (12) zur Folge haben.

Auch Privatrundfunkredakteure selbst schätzen landespolitische Kompetenz privater Anbieter gering ein

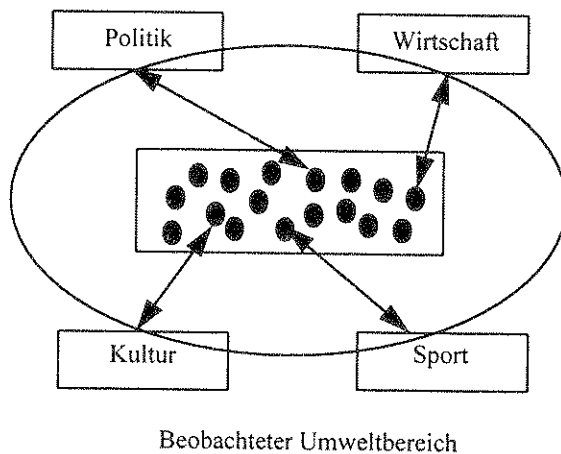
Tendenz: Neu etablierte private Medien beobachten nur noch gesellschaftliche Teilbereiche entsprechend ihren Programmzielen

Gefahr: Nicht Vielfaltszuwachs, sondern „Vervielfachung des Informationskernbestandes“

Zwei Formen von Redaktionsorganisationen hat die empirische Analyse ergeben:

1. Bei der traditionellen Redaktionsstruktur eines Vollprogrammanbieters treffen die Informationen aus den einzelnen Umweltbereichen auf formalisierte Handlungsstrukturen in Form einzelner Ressorts (vgl. auch Abbildung 2). Die Interaktionsbeziehungen verlaufen also zwischen Umwelt und korrespondierenden Ressorts anhand definierter und erkennbarer „Grenzstellen“.
2. Bei Redaktionen des neuen Organisationstypus existieren keine Ressorts, wohl aber redaktionelle Zuständigkeiten (Absprachen), die jedoch stark von einzelnen Personen abhängig sind. Innerhalb der Redaktion müssen diese Zuständigkeiten – insbesondere bei personeller Fluktuation – immer wieder neu „ausgehandelt“ werden. Umweltbeobachtung und redaktionelle Leistung sind demnach in höherem Maß von einzelnen Journalisten abhängig (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3 Redaktionelle Strukturen nach neuem Organisationstyp



Input-Orientierung:
Umfassende
Umweltbeobachtung

Verschiedene Rundfunkveranstalter weisen einen unterschiedlich starken Öffentlichkeitsbezug auf und orientieren sich entweder eher am Input oder eher am zu erbringenden Output. Input-Orientierung meint, daß ein Sender im Grundsatz auf eine umfassende Beobachtung der Umwelt ausgerichtet ist (weiter Öffentlichkeitsbezug), dementsprechend (korrespondierende) redaktionelle Ressorts aufbaut und entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellt. Die auf diese Weise gewonnenen, ausgewählten und verarbeiteten Informationen werden an ein disperses Publikum weitergeleitet. Diese Orientierung findet sich bei den traditionellen Massenmedien, in der vorgestellten Studie in Hamburg vor allem beim Norddeutschen Rundfunk.

Output-Orientierung hingegen bedeutet, daß zunächst ein bestimmtes Publikumssegment (Zielgruppe) bestimmt wird, das mit dem Programm erreicht werden soll. Die Entscheidung darüber, welche Bereiche der Umwelt beobachtet werden sollen, ist in hohem Maß von den angenommenen Bedürfnissen der Zielgruppe – bzw. den auf diese Zielgruppe bezogenen Interessen der Werbewirtschaft – abhängig. Erst nach Festlegung der anzusprechenden Zielgruppe wird dann die Entscheidung über den Aufbau von redaktionellen Strukturen sowie über die Bereitstellung notwendiger personeller und materieller Ressourcen getroffen.

Output-Orientierung: Umweltbeobachtung nach Zielgruppenkriterien

Die Ergebnisse der Studie zeigen, daß in der politischen Kommunikation Hamburgs aus Sicht der Journalisten, politischen Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker nur diejenigen Medien relevant sind, die über eine differenzierte Redaktionsstruktur und ein hohes Maß an personeller Kontinuität in der landespolitischen Berichterstattung verfügen. Rundfunksender mit geringer redaktioneller Struktur zeichnen sich, so ist zu erwarten und wäre durch entsprechend angelegte Inhaltsanalysen zu prüfen, durch eine relative Beliebigkeit in der landespolitischen Berichterstattung aus, da keine festen Kooperationsbeziehungen aufgebaut werden können. Beziehungen zwischen den Sendern und politischen Akteuren sind hier an einzelne Journalisten gebunden und treffen nicht auf Strukturen wie Ressorts. Verlassen bei geringer redaktioneller Struktur einzelne Journalisten den Sender, so müssen neue Beziehungen von neuen Personen aufgebaut werden. Die Abhängigkeit von Personen bedeutet zudem, daß Wissen in Redaktionen – insbesondere in kleinen redaktionellen Einheiten, in Redaktionen ohne Struktur und feste Arbeitsteilung sowie ohne Archiv – nicht „gespeichert“ wird und bei personeller Fluktuation verloren geht.

Ergebnis der Studie: Redaktionelle Strukturen und Relevanz für die politische Kommunikation hängen zusammen

Aus der Studie wird auch deutlich, daß der journalistischen Qualifikation sowie der Qualitätssicherung innerhalb der privaten Rundfunkveranstalter eine sehr große Bedeutung zukommt: Es zeigt sich, daß letztlich einzelne Journalistinnen und Journalisten im hohen Maß Verantwortung für Berichterstattungsaufgaben aus relevanten gesellschaftlichen Bereichen tragen. Das Fehlen redaktioneller Strukturen kann sich dabei als ein Problem für die Entwicklung der journalistischen Professionalität im elektronischen Bereich insgesamt erweisen. Muß ein Journalist über Themen aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen wie Politik, Kultur, Sport etc. berichten, kann schwerlich inhaltliches Fachwissen aufgebaut werden. Dies ist erwartbar nur bei inhaltlicher Spezialisierung möglich. Über die notwendige individuelle Spezialisierung und Qualifikation hinaus ist aber auch dafür Sorge zu tragen, daß die Redaktion als Organisation Gewähr für einen angemessenen Beitrag zur Sicherung der journalistischen Qualität bietet.

Studie verdeutlicht auch: Qualifikation und Qualitätssicherung bei privaten Rundfunkveranstaltern kommt große Bedeutung zu

Redaktioneller Organisation sollte von Landesmedienanstalten, Medienpraxis und Wissenschaft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden

Diese Problemstellungen sind für die Rundfunkaufsicht der Landesmedienanstalten, die neben der Vielfalts- auch der Qualitätssicherung, wenn auch in bestimmten Bereichen nur der Aufrechterhaltung von Mindeststandards, verpflichtet sind, nicht unbeachtlich. Rundfunkregulierung hat bislang vorwiegend am Programm angesetzt und versucht, über Vorgaben in der Zulassung oder konkrete Aufsichtsmaßnahmen die publizistische Qualität zu steuern. Angesichts der aufgezeigten und prognostizierten Entwicklung – und dabei ist noch auf den Bereich Outsourcing zusätzlich hinzuweisen – wird jedoch eine am Programm orientierte Steuerung nicht mehr die gewünschten Erfolge haben; die bislang konstatierten Kontrolldefizite sprechen für sich. (13) Der Organisation sollte in der Wissenschaft, aber auch in der Medienpraxis mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden: Selbstkontrolle, Eigenverantwortung und Qualitätssicherung setzen Organisationen und institutionalisierte Formen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben voraus.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. als Ausnahme Neverla, Irene/Ingeborg Susie Walch: Entscheidungsstrukturen in Printmedienunternehmen. In: Bruck, Peter A. (Hrsg.): Print unter Druck. München 1994, S. 293-386.
- 2) Vgl. Rühl, Manfred: Organisatorischer Journalismus. Tendenzen der Redaktionsforschung. In: Kaase, Max/Winfried Schulz (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde. Sonderheft 30 Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen 1989, S. 253-269.
- 3) Groebel, Jo u.a.: Bericht zur Lage des Fernsehens für den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland Richard v. Weizsäcker. Gütersloh 1994, S. 180.
- 4) Vgl. dazu Stock, Martin: Medienfreiheit als Funktionsgrundrecht. München 1985 sowie Kübler, Friedrich: Kommunikation und Verantwortung. Konstanz 1973.
- 5) Jarren, Otfried/Patrick Donges: Keine Zeit für Politik? Landespolitische Berichterstattung im Rundfunk: Journalisten, Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker in der Interaktion. Das Beispiel Hamburg. Berlin 1996.
- 6) Vgl. Weischenberg, Siegfried: Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation. Band 2: Medientechnik, Medienfunktionen, Medienakteure. Opladen 1995.
- 7) Die folgenden Überlegungen gehen zurück auf Jarren, Otfried/Klaus Dieter Altmeyen/Wolfgang Schulz: Parteiintern – Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten. In: Donsbach, Wolfgang (Hrsg.): Beziehungsspiele – Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion. Gütersloh 1995, S. 111-158.
- 8) Sarcinelli, Ulrich: Massenmedien und Politikvermittlung – eine Problem- und Forschungsskizze. In: Rundfunk und Fernsehen 4/1991, S. 469-486, hier S. 477.
- 9) Für weitere methodische Hinweise vgl. Jarren/Donges (Anm. 5), S. 75-80.
- 10) Ein Mitarbeiter von AlsterRadio ist jedoch hauptsächlich für die Rathaus- und Polizeiberichterstattung zuständig.
- 11) Es darf dabei jedoch nicht übersehen werden, daß andererseits die privaten Rundfunkveranstalter an der Vermittlung von Politik, insbesondere an bestimmte Rezipientengruppen, in relevantem Umfang mitwirken.
- 12) Bucher, Hans-Jürgen/Christian Schröter: Privat-rechtliche Hörfunkprogramme zwischen Kommerzialisierung und publizistischem Anspruch. Eine Programm- und Informationsanalyse für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In: Media Perspektiven 8/1990, S. 517-540, hier S. 539.
- 13) Vgl. Holgersson, Silke: Rundfunk ohne Kontrolle. Opladen 1995.

